

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Donnerstag, 4. Feber 1926.

6. Jahrgang.

Bezugsbedingungen: Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post: monatlich . . . Kč 16.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 98.— ganyährig . . . 192.—

Rückstellung von Manuscripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh

Nr. 30.

Die verschobene Abrüstung

Der berühmte „Geist von Locarno“, der jetzt viel in Europa herumspukt und mit dem besonders gerne der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benes seine pazifistischen Reden schmückt, hätte demnächst eine hohe Mission erfüllen sollen. Für den 15. Feber war eine vorbereitende Abrüstungskonferenz geplant und über dieser Konferenz sollte der vielzitierte Geist von Locarno „schwäben“.

Eine Reihe von Staaten hat es mit der Anangriffnahme der Vorbereitungen zur Abrüstung nicht nur nicht eilig, sie sind vielmehr nach neuen Rüstungen lüftern, unbekümmert um die damit wachsenden Kriegsgefahren und unkümmert auch darum, ob Land und Volk unter den Rüstungslasten zusammenbrechen. Unter den Helfern bei der Verschleppung der Abrüstungsfrage ist auch — Herr Dr. Benes! Schon am 22. Jänner äußerte sich die halbamtliche „Prager Presse“ über die Einhaltung des Termins der Konferenz skeptisch und verkündete, der Zeitpunkt des 15. Feber „dürfte eine Verschiebung erfahren“.

Nun auf einmal findet man Verhinderungsgründe in Fülle. Angeblich sind die tatsächlichen Vorbereitungen noch nicht zu Ende geführt, einige Staaten haben ihre Delegierten noch nicht ernannt. Und dergleichen windige Ausreden mehr. Auch soll vor der Abhaltung der Konferenz der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund durchgeführt werden. Solcher „Gründe“ wären noch ein paar Dutzend aufzuzählen gewesen. Dahinter steckt natürlich ein anderer: der Wille, die Abrüstung zu verhindern! Erstauslich, daß angeichts der wirtschaftlichen und finanziellen Lage des Staates auch die Tschechoslowakei an diesem Spiel Frankreichs teilnimmt. Erstauslich auch, daß die tschechische Presse die unter Mitwirkung Dr. Benes' erzwungene Verzögerung feilsch still aufnimmt, obwohl sie früher nicht müde wurde, die Abrüstungskonferenz als die einzige Hoffnung zu erklären, welche den Staat aus der finanziellen Bedrängnis herauszuführen sollte.

Man hat den Vertrag von Locarno ein Produkt der Angst vor einem neuen Kriege genannt. Gewiß ist, daß man auch in den Regierungen erkannt hat, die durch den Krieg bewirkte Zerstörung könne auf die Dauer nicht durch eine Halbpolitik fortgesetzt werden, und sogar die kapitalistischen Mächte werden bei dem Gedanken an einen neuen Weltkrieg vom Schrecken befallen. Erst mußten auch die Siegerstaaten in den Prozeß des Verfallszustandes einbezogen werden, che sich bei ihnen die Erkenntnis Bahn zu brechen begann, daß es so nicht weitergehen könne und nicht Zustände gezeichnet werden dürfen, aus denen Kriegsgefahren in bedrohlichster Weise entstehen können. So begannen langsam die Gedanken der Verständigung und der Sicherung des Friedens zu keimen, die eigentlich erst in weitgehenden Abrüstungsbeschränkungen in die wirkende Tat umgesetzt worden wären. Bis dahin ist aber, wie die Verzögerung der Abrüstungskonferenz zeigt, noch ein weiter Weg. Die Diplomaten der imperialistischen Staaten entschließen sich leichter, vom Geist der Verständigung und des Friedens, vom „Geist von Locarno“ zu fabeln, scharfer, diesen Deklamationen die praktische Tat folgen zu lassen. Alle beteuern sie, auch Herr Dr. Benes, sie ständen den Abrüstungsbestrebungen „sympathisch

Seines Austretens der Koalition.

Der sozialdemokratische Antrag auf sofortige Parlamentseinberufung wird überhaupt nicht meritorisch verhandelt, weil die Echtheit der Unterschriften der Slowaken angezweifelt wird.

Prag, 3. Feber. Die Koalition hat durch das ihr stets gefügende Parlamentspräsidium wieder einmal einen Dreh ausführen lassen, der den schärfsten Widerspruch der gesamten Opposition erwecken muß. Heute fand die Sitzung des Parlamentspräsidiums statt, die sich Notgedrungen mit dem sozialdemokratischen Antrag auf sofortige Parlamentseinberufung zu befassen hatte. Aus der Koalitionspresse war allerdings schon vor mehreren Tagen zu entnehmen, daß der Antrag durch eine ganz willkürliche und juristisch unhaltbare Auslegung des betreffenden Geschäftsordnungsparagrafen abgewürgt werden sollte. Doch hat sich selbst ein tschechisches Blatt, die „Lidove Noviny“, gefunden, welches diese Auslegung der Geschäftsordnung als unmöglich hinstellte, und so haben die allzeit willfährigen Koalitionjuristen einen anderen Ausweg glücklich entdeckt:

Die das tschechische Preßbureau, allerdings nur privat, mitteilt, wurden die einzelnen Unterschriften der oppositionellen Abgeordneten im Präsidium einer liebevollen und eingehenden Begutachtung unterzogen und dabei kam man angeblich darauf, daß einige dieser Unterschriften nicht „original“, sondern nachgeahmt seien. Daran hat das Präsidium gegen die Stimme des deutschen Agrarsiers Dr. Spina unter Bezugnahme auf

einen angeblichen Präzedenzfall vom 28. Feber 1924 beschlossen, daß der Antrag auf Einberufung des Parlamentes nicht den Gegenstand von Verhandlungen bilden könne, und hat sich demnach mit dem Meritum des Antrages überhaupt nicht einmal befaßt. Damit ist die Koalition wieder einmal gerettet! Die sophistische Entscheidung muß auf das Schärteste beurteilt werden. Die parlamentarischen Klubs der einzelnen Oppositionsparteien haben unsere Aktion zur sofortigen Parlamentseinberufung ganz offiziell unterstützt und unsere Forderung nicht die Möglichkeit, die Echtheit jeder einzelnen Unterschrift etwa notariell beglaubigen zu lassen. Die Herren von der Koalition wissen ganz genau, daß wohl kaum ein einziger ihrer zahlreichen Anträge einer strengen Prüfung der Authentizität jeder einzelnen Unterschrift standhalten würde und daß ein solcher Fall von plöthlicher Rigorosität in der ganzen Parlamentsgeschichte vereinzelt dasteht. Aber was tut es, wenn man nur damit einen unbedeutenen Antrag der Opposition niederkümmern kann. Daß die Koalition nunmehr schon zu solchen direkt kindischen Mitteln zu greifen gezwungen ist, ist das beschämendste Eingeständnis ihrer Schwäche und absoluten Nationallosigkeit.

Der § 40 der Geschäftsordnung.

Die „Lidove Noviny“ gegen die falsche Interpretation durch die Koalitionspresse.

Die ursprünglich geplante Auslegung der Geschäftsordnung durch das Präsidium wird von den „Lidove Noviny“, die noch vor wenigen Tagen in dieser Hinsicht die Koalitionsmehrung teilten, nunmehr anders beurteilt. Das Blatt schreibt u. a.: „Paragraph 28 der Verfassung stellt fest, unter welchen Bedingungen der Präsident der Republik verpflichtet ist, das Haus zu einer außerordentlichen Sitzung einzuberufen; eine solche Sitzung ist eine Majorität von mehr als die Hälfte oder zwei Fünftel der Abgeordneten einer der Kammern, je nachdem, ob seit der letzten ordentlichen Tagung wenigstens vier Monate oder eine längere Zeit verfloßen sind. Im ersten Falle genügt eine Zweifünftelgruppe, im zweiten ist die Mehrheit von mehr als die Hälfte notwendig. In beiden Fällen legt die Verfassung ausdrücklich die Frist (14 Tage) fest, innerhalb welcher die Kammer zur außerordentlichen Sitzung auf die Einberufung des Präsidenten der Republik hin oder auf Einladung ihres Präsidenten zusammentreten muß.“

Demgegenüber regelt Paragraph 40 der Geschäftsordnung den Fall, daß die Kammer im Laufe einer Session länger als 14 Tage keine Sitzung abgehalten hat, in welchem Falle die Regierung oder zwei Fünftel der Mitglieder der Kammer erwirken können, daß der Vorsitzende eine Sitzung innerhalb dreier Tage einberuft. Diese Bestimmung so auszulegen, als ob es in einem solchen Falle der Willkür des Präsidenten überlassen werden könnte, die Sitzung eventuell

am Ende der Session einzuberufen, bedeutet so viel, wie die Bestimmungen des Paragraph 40 der Geschäftsordnung ad absurdum zu führen. Beim Vergleiche des Paragraph 40 der Geschäftsordnung mit Paragraph 28 der Verfassung könne man nicht ex contrario schließen, daß in der Geschäftsordnung nicht, wie in der Verfassung steht, bis wann die Kammer zusammentreten muß, sondern bis wann sie einzuberufen werden muß.

Bei Vergleich beider Fristen zeigt es sich schon, daß in dem Falle, den die Verfassung regelt, und der wichtiger ist, weil er den Präsidenten der Republik selbst verpflichtet, die Frist länger ist, während die Frist in einem weniger wichtigen Falle, wo es sich bloß um die Einberufung der Sitzung handelt, demnach um eine administrative Maßnahme, kürzer ist, und sie kann demnach nicht durch eine Auslegung, für die sich das Präsidium einsetzt, verlängert werden, eventuell in infinitum, wenn nämlich der Präsident die Sitzung auf eine solche Frist einberuft, wo die Verhandlung, beispielsweise infolge des Endes der Sessionperiode, keine praktische Bedeutung haben kann. Selbst der Begriff einer dauernden Session kennzeichnet, daß es sich um eine bestimmte Serie von Parlamentsberatungen handelt, deren Unterbrechung auf eine längere Zeit als 14 Tage an und für sich etwas abnormal ist. Das Argument, daß man innerhalb dreier Tage die Abgeordneten nicht nach Prag bekommen könne, ist unrichtig, weil die Einberufung der Abgeordneten auch telegraphisch erfolgen kann.

Die Opposition hat Recht und eine gewalttätige Auslegung der Geschäftsordnung wird der Koalition nur für eine Weile helfen. Zwei Fünftel der Mitglieder darzulegen, daß sie die Verkündung der Einberufungsschriften, nicht aber die Sitzung erwirken können, ist lächerlich. Die Frage ist, ob die Koalition bei solchen Methoden der zuletzt Erwähnten sein wird!

gegenüber“, nur eben, wie es das deutsch-schriebene Regierungsblatt jüngst ausdrückte „ohne dabei allerdings ihre durch ihre geographische und politische Lage gegebene Stellung zu übersehen“. Da die Einschätzung dieser geographischen und politischen Lage durch die Abrüstungsgegner erfolgt, kann der Abrüstungsgegner noch lange auf seine Tatverdung warten.

Auch schon vor dem Kriege haben die europäischen Diplomaten reichlich — theoretisch — in Abrüstung gemacht und im Haag wurde sogar ein architektonisch schöner Friedenspalast errichtet, was die Entfesselung des Weltkriegs nicht im mindesten gehindert hat. Die Unausrichtigkeit der Abrüstungsbestrebungen von heute geht schon daraus hervor, daß jeder der kapitalistischen Staaten dabei vor allem an den anderen denkt, weniger an sich; der andere hat zu viel, darauf soll er verzichten. Vor sieben

Jahren wurde im Versailler Friedensvertrag Deutschland die Entwaffnung auferlegt, „um die Einleitung einer allgemeinen Abrüstung zu ermöglichen“, heute leistet sich Frankreich die naive Frage, was denn eigentlich „unter Abrüstung zu verstehen“ sei! Und es erhebt gegen die Abrüstung allerlei Einwände, ähnlich wie sie in der Vorkriegszeit vom Deutschen Reich erhoben wurden!

Die veraltete Genfer Abrüstungskonferenz hätte, man kann es mit Gewißheit sagen, kein unmittelbar greifbares Resultat ergeben. Die Widerstände jener Staaten, welche die militärische Vorherrschaft innehaben, sind zu groß, als daß vorerst mehr dabei herauskommen wäre, als unterschiedliches theoretisches, politisches und strategisches Gerede. Die Konferenz hätte immerhin einen Anfang bedeutet, einen ersten Schritt. Aber auch das hat nun der Imperialismus verhindert. Glanke offiziöse Federn be-

Die geplante Gehaltsreform der Lehrer.

Bekanntlich wollte die Regierung dem stehenden Parlaamente noch vor dessen Auflösung einen Gesetzentwurf betreffend die Regelung der Beamten- und Lehrerbezüge vorlegen. Tatsächlich war die Regierung nach dem Gesetz vom 20. Dezember 1924 Nr. 286 verpflichtet, noch vor Ende des Jahres 1925 einen Gesetzentwurf im Laufe einzubringen, der die Bezüge der Staatsangestellten regelt. Dieser Pflicht ist die Regierung bisher in der Form nachgekommen, daß sie der Pölla und der „Desjaka“ einen Staatsbeamtengehaltsgesetzentwurf unterbreitet hat, der in seinen Wirkungen dazu führen wird, die Beamten und Angestellten zu korrumpieren. Wohl werden die Bezüge — besonders in den oberen Gruppen — nicht unwesentlich erhöht, allein die wichtigsten Erzeugnisse der Beamtenrechte werden den Angestellten des Staates durch diese Vorlage geraubt. Die Anwartschaft wird von ein auf drei Jahre verlängert, die Kriegshalbjahre sollen gestrichen werden, das automatische Definitivum verschwindet und der Beamte kann nach Ablauf der drei Wartjahre definitiv angestellt werden, aber er muß nicht definitiv werden, die Regierung kann ihn auch weiter — ein Jahrzehnt oder länger — als provisorischen Beamten sitzen lassen, der Tag für Tag um seine Existenz zittern und bangen und gewarig sein muß, daß er — wenn er „oben“, das heißt bei den hinter den Kulissen den Staat beherrschenden tschechischen faschistischen Organisationen, die unter dem Titel verschiedener „Narodni vbyvoty“ oder „Narodni jednoty“ ihr Unwesen treiben, mißliebig wird.

Aber nicht nur bis zur Erlangung des Definitivums will man den Beamten in Fahrt und Unsicherheit, in dem Gefühl schutzloser Unabhängigkeit vor den allgewaltigen Machtpositioren erhalten, sondern auch in dem späteren Verlauf seiner Dienstzeit soll in ihm das Bewußtsein wach bleiben, daß er kein freier Mann, sondern ein „Söriger“ ist, der kein freies Wort sprechen darf, weil er sonst Gefahr läuft, sich jede Karriere abzuschneiden. Und darum beseitigt der Entwurf die Zeitvorrückung in den höheren Gehaltsstufen vollständig und läßt ihn nur für die unteren Stufen bestehen. Die Stellen in den höheren Gehaltsstufen — wieviel wird erst später bestimmt werden — werden systemisiert und sind fortan nur im Wege der Erneuerung auf sie für die Beamten erreichbar. Wer also bei den Parteien der „Pölla“ nicht „lieb Kind“ ist, der bringt es über die untersten Stufen, bis zu denen die Zeitvorrückung reicht, nicht hinaus, der muß auf den weiteren Aufstieg verzichten. So wird also die Erhöhung der Bezüge in den oberen Stufen den Beamten im allgemeinen nicht viel nützen, denn die große Mehrheit wird niemals so weit aufsteigen, sie wird sich auch nach den Zuströmen der neuen Regelung mit Bezügen bescheiden müssen, die kaum das Ausmaß jener erreichen, die sie heute innehaben. Die oberen Stufen mit den neuen höheren Gehaltsansätzen werden einer kleinen Minderheit „politischer und persönlicher Protektioninder“ reserviert bleiben. Daß die Aufhebung des Zeitabzements selbstredend in erster Linie zur Unterdrückung und Maßregelung der deutschen Beamten und in zweiter Linie zur Verfolgung auch aller oppositionell gesinnten tschechischen Beamten, die den herrschenden Parteien nicht blind Lakaien-

teuern, es handle sich nur um einen Aufschub von zwei, höchstens drei Monaten. Sie wollen nicht zugeben, daß Intrigen am Werke sind, welche grundsätzlich jede Beschränkung der Rüstungen verhindern wollen. Ohne die Bedeutung einer teilweisen Abrüstung zu überschätzen, wie sie vorläufig im besten Falle durch eine Vereinbarung der kapitalistischen Staaten sich ergeben könnte — denn ob die großen Militärrstaaten ein paar hunderttausend Mann mehr oder weniger unter den Waffen haben, ist nicht das allein Entscheidende — so haben sich doch alle Staatsmänner an ihren Völkern verjündigt, die dem Intrigenpiel zur Verhinderung der Konferenz ihre Unterstützung geliehen haben. Daß Herr Dr. Benes sich darunter befindet, soll ihm nicht geschenkt werden. Er wird zur rechten Zeit daran erinnert werden, wenn er wieder mit dem „Geist von Locarno“ Staat machen wird!

Hellumbeschaffung in Deutschland.

Abscheidungen sollen nach einem Gesuchtrag des Deputierten ...

Ein Feldzug gegen die modernen Tänze ist nun auch in Bulgarien ...

Der französische Flieger Mennard, der ein Postflugzeug ...

Ein eigenartiger Ueberfall wurde auf die Schlossgärtnerei ...

Die Tragödie eines Greisenpaars wird aus Hirschberg gemeldet ...

Zehn gewerbdämfige Kirchenräuber wurden von dem Schöffengericht ...

Ein automatischer Sitzungsberechtigt wird in den Vorlesungen ...

Eine interessante astronomische Entdeckung machte der holländische Astronom ...

Die Vernichtung der Wälder in der Arim. Die Zeitung ...

Viraleschok auf den Kolosinselein. Witten in der Wasserwüste ...

Hellum, das leichteste und edelste aller Gase (weil es chemisch inaktiv ist) wird immer mehr zu einem heilgehehrt ...

In der Physikalischn-Tchnischen Reichsanstalt, Berlin, wurden schon seit dem Jahre 1920 unter der Leitung von W. Reichner ...

Heliumverflüssigungsanlage unternommen. Abgesehen von den Schwierigkeiten infolge der geringen finanziellen Mittel ...

Den vom nächsten Festland entfernt, liegt eine kleine Inselgruppe, die Kososinselein, die von den großen Dampfkräften ...

Die Erforschung von Neu-Guinea. In Batavia hielt der Ausschuss für wissenschaftliche Untersuchungen ...

"Naturwissenschaften" mitgeteilt, daß der produktivste Weg zur Heliumgewinnung ...

Monazitfand,

H. Ein Kilogramm Monazitfand mit einem Gehalt von 5 bis 7 % an radioaktivem Thorium ...

Die Thoriumproduktion Deutschlands beträgt jährlich rund 60.000 Kilogramm Thoriumnitrat ...

Die Versuche mit flüssigem Helium teilen vor allem darauf hin, daß der Wissenschaftler ...

Herr und Frau B. in Hannover erhalten ein neues Mädchen, das abends ohne einen Ton zu sagen ...

Der vorsichtige Hans. Der Bauer Hans hat sich dazu überreden lassen, seine ganzen Ersparnisse ...

Steinzeitfunde. In dem Kreise Lusch im Leningrader Gouvernement wurden einige Grabsstätten ...

ratem Bernstein gefunden. Nach der Meinung der Hochleute ...

Wetterüberblick vom 3. Feber. In der ganzen Republik hielt das ruhige, rauhe Wetter an.

Humor. Das fünfjährige Etchen löst mit seinem dreijährigen Bräuderchen ...

Herr und Frau B. in Hannover erhalten ein neues Mädchen, das abends ohne einen Ton zu sagen ...

Der vorsichtige Hans. Der Bauer Hans hat sich dazu überreden lassen, seine ganzen Ersparnisse ...

Die einzige Gelegenheit. Bedenke Frau (zum Hausarzt): Denken Sie sich, Herr Doktor, ich habe entdeckt, daß mein Mann im Schlaf ...

Haus, Hof und Garten.
Palmbäucher.
Von einem Bienevater.
So lang wird es nicht mehr dauern, bis nach allem Brande die Palmbäucher auf den Märkten feilgeboten werden.
Bereits früher hat sich die politische Bezirksverwaltung im Einvernehmen mit dem Obst- und Gartenbauverein ...

Den guten Menschen, welche sich vorstehende Zeiten zu Herzen nehmen, sei im Namen unserer kleinen fleißigen Biene dankbar!
Nur eine Mahlzeit am Tage!
Die Gewohnheit, nur zwei Mahlzeiten im Laufe eines Tages zu sich zu nehmen, ist nicht so selten, wie man vielleicht annehmen möchte.
Praktische Winke.
Der Obstbau muß immer intensiver gepflegt werden, es muß mit den schlecht tragenden und anfälligen Sorten aufgeräumt werden ...

Ich empfehle, die Beedelungsstellen durch Anhängeln von Erde zu schützen, indem man Erde etwa 20 Zentimeter hoch über die Beedelungsstelle häufelt.
Weiter ist es empfehlenswert, die Stämme zu lassen, damit die schädliche Wirkung der Frühlingssonne abgeschwächt wird.
Reichs wilder Wein ist ein sehr schöner Mauerhahn.

Ihr dort durch einen Hasen befestigt und hierauf mit Erde bedeckt, so daß nur noch die Spitze heraussteht.
Um die Nadelbäume im Garten vor Schneeebruch zu schützen, ist es notwendig, bei noch starkem Schneefall die Äste zu schützen.
Karbolinenum ist im Winter bei richtiger Anwendung nicht schädlich, im Sommer soll dagegen von Karbolinumspritzungen abgesehen werden.

